



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/188 - 23.8.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Wiedervereinigung an erster Stelle	S. 1
"Marshall-Plan" für Südostasien?	S. 3
Alte Bekannte in der "Nation"	S. 5
Wilhelm Tenhagen gestorben	S. 7

Folgen

P.R. Man sollte nun wirklich nicht weitere Zeit darauf verschwenden, auch noch nach Brüssel sozusagen auf Schleichwegen doch noch zu einer Art Ersatzresultat kommen zu wollen. Das alles hat keinen Sinn mehr.

Die Politik, die die EWG in den Vordergrund aller Überlegungen stellte, hat mit einem Bankrott geendet. Jetzt muß an ihre Stelle eine Politik treten, die viel entschlossener eine andere Frage anpackt, als das bisher geschehen ist, die der Wiedervereinigung Deutschlands. Die Bundesrepublik sollte hier an erster Stelle einen kompakten Willen entwickeln, zumal bei den vier Besatzungsmächten in diesem Punkt eine trostlose Lethargie herrscht. In der Vergangenheit hat das amtliche Bonn, weil man immer wieder der EWG den Vorzug gab, viele schwere Versäumnisse begangen. Hier ist ohne Aufschub sehr viel nachzuholen.

Die EWG sollte ein Instrument der europäischen Sicherheit werden. Von sozialdemokratischer Seite ist unzählige Male gesagt worden, dass diese europäische Sicherheit nur im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit auf friedliche Weise geschaffen werden könne, weil beides einander bedingt. Präziser gesagt heißt das, dass auch der Status eines künftigen geeinten Deutschlands mit in den Kreis der Überlegungen einzubeziehen ist, wie ein von allen beteiligten und interessierten Mächten gebilligtes System dieser europäischen Sicherheit geschaffen werden kann. Darüber muß jetzt gesprochen werden. Man hätte es schon in Berlin zu Anfang des Jahres tun können, aber damals war man noch nicht so weit, auf keiner Seite, Es wird sich zeigen müssen, ob man aus den Ereignissen der letzten Zeit gelernt hat.

Dann kann eine neue Konferenz einen oder mehrere Schritte weiterkommen.

Das Junktim zwischen europäischer Sicherheit und deutscher Wiedervereinigung ist also das Kernstück aller Politik der nächsten Monate. Damit zusammen hängt die Notwendigkeit, an die Stelle der EWG eine andere Gemeinschaft oder Form der möglichen Zusammenarbeit vorzubereiten, auf breiterer Basis und in größerem Rahmen. Das bedeutet: Unter Hinzuziehung auch noch anderer europäischer und selbst nicht europäischer Staaten, wie etwa den einen Partner des Balkanpaktes, die Türkei. Das alles müßte unter Verzicht auf das supranationale Prinzip geschehen, an dessen Stelle, sozusagen als Dachorganisation, die UNO zu treten hätte. Regionale Pakte sind, soweit sie nicht aggressiven Zielen dienen, mit der Aufgabenstellung der UN durchaus vereinbar. Die Mitgliedschaft der Sowjetunion in der UE ist, so glauben wir, kein durchschlagendes Argument gegen eine, sondern eher für solche Konstruktion, wenn man nicht von vornherein davon ausgeht, die Rettung der Menschheit könne allein darin liegen, alle Brücken zwischen den beiden Machtblöcken unserer Zeit abzubrechen.

Eine westdeutsche Zeitung schrieb am Montag zum Ausgang der Brüsseler Konferenz: "Die europäische Politik von Paris war von Anfang an eine französische Politik mit dem Ziel der Bändigung Deutschlands." Wenn man statt Bändigung Kontrolle und Wille zur Ausnutzung des deutschen Menschenpotentials für die eigenen nationalen Zwecke setzt, dann war es durchaus nicht Frankreich allein, das diesen Gedanken in den Vordergrund seiner EWG Überlegungen stellte. Mit dieser groben Missachtung des Prinzips jeder ehrlichen Gemeinschaft "Gleiche Chancen - gleiches Risiko" muß freilich endgültig Schluß sein, wenn man weiter kommen will. Einer Konstruktion, wie der oben angedeuteten, würde sich auch Frankreich auf die Dauer nicht entziehen können. Es wird nicht annehmen, dass die faire These "nichts ohne und nichts gegen Frankreich" für alle Ewigkeit dazu benutzt werden kann, jede Gemeinsamkeit zu blockieren.

Die Chance von BaguioMöglichkeiten und Grenzen der Südostasien-Konferenz

Dr. R. Wenn in der Sommerresidenz der philippinischen Regierung, in Baguio, die Konferenz eröffnet wird, die eine NATO für Südostasien mit dem Namen South East Asia Treaty Organization (SEATO) zur Welt bringen soll, werden zwei der größten südostasiatischen Mächte, Indien und Indonesien (neben Burma und Ceylon) mit insgesamt etwa 450 Millionen Menschen nicht dabei sein. Diese Tatsache macht die SEATO in jedem Fall zu einem weit weniger stabilen Gebilde als es die NATO ist, vorausgesetzt, dass es wenigstens gelingt, das teilnehmende Pakistan davon zu überzeugen, dass es in der SEATO (vor Indien) sicherer ist als ohne sie, und dass die angemeldeten Vorbehalte der Philippinen (Klärung der Eigentumsverhältnisse der 23 USA-Basen auf den Inseln, Garantie der USA für eine automatische Verteidigung der Inselgruppe gegen jeden Angriff und kein Einsatz philippinischer Truppen außerhalb des Territoriums) in Sinne des Fragestellers Magsaysay, des Präsidenten von der Nationalistepartei, geklärt werden.

Der Kreis der SEATO-Mächte setzt sich also sicher aus den drei Westmächten, also den USA, Großbritannien und Frankreich, aus Australien und Neuseeland und aus Thailand zusammen; die Beteiligung Pakistans und der Philippinen hängt von den ihnen gegebenen Sicherheitsgarantien ab. Nicht beteiligt sind Japan, Nationalchina und die Republik Korea. Sie wären für den Fall, dass der Automatismus der neuen Organisation in Funktion treten müßte, aber die geeignetsten Rekrutenlieferanten, wenn auch ihre Partnerschaft viele unbekannte Koeffizienten enthielte. Die Sicherheitszone selbst, die SEATO umfassen soll, soll aber auch Burma ebenso umfassen wie Laos und Kambodscha, obwohl diese selbst laut Waffenstillstandsvertrag nicht teilnehmen dürfen. Dagegen bleiben die wirklich kritischen Punkte Südostasiens, nämlich Formosa, Südkorea und Hongkong ausdrücklich ausgeschlossen, im wesentlichen, weil England dagegen ist.

Wirtschaftshilfe ist wichtiger

Überhaupt wünscht man in London, dass sich die SEATO eher zu einem Marshallplan für Südostasien entwickeln möge, als zu einem ausgesprochenen Militärbündnis. Dafür ist die Überlegung gültig, dass der Kommunismus und die Anfälligkeit gegenüber kommunistischen Ideen am stärksten durch den schlechten Lebensstandard und die schwache Wirtschaftskraft genährt wird. Hier eine Änderung zu schaffen und der kommunistischen Propaganda den Keimboden zu entziehen, halten die Londoner Asienspezialisten für weit wichtiger als militärische Abreden, die auch dann von zweifelhaftem Werte sind, wenn sie in Lieferungen und Militärberatern bestehen, wie es jetzt im Falle

Thailand wieder geschieht. Die Spuren solcher im Endeffekt vergeblichen Methoden schrecken seit dem militärischen Zusammenbruch der Nationalchinesen und der vietnamesischen Nationalarmee. Die Kraft militärischen Gewichts des durch die Nichtteilnahme der maßgebenden Staaten dieses Raumes an sich schon bruchstückhaften und zusammenhanglosen Vertragsgebäudes wird auch nicht gerade vergrößert durch den Entschluß Washingtons, zwei Drittel seiner Koreastreitkräfte teils nach den USA, teils in den Pazifik zurückzunehmen.

Die Aussichten für die SEATO steigen, wenn sie weit mehr als alle anderen regionalen Pakte den Charakter echter wirtschaftlicher Hilfe annimmt. Sie fallen mit der Beschränkung auf militärische Absprachen, weil die nur begrenzten Kräfte angesichts des neuen Ausmaßes zusätzlicher Verpflichtungen doch nicht automatisch mitwachsen, sondern der Gefahr weltweiter Verzettelung ausgesetzt werden. Trotzdem hält Washington eine Realisierung der SEATO-Pläne für wertvoll, auch nach den Absagen der Colombo-Staaten. Doch betreibt es auch daneben und zur gleichen Zeit, da Baguio vorbereitet wird, aus real-militärischen Gründen zusätzliche Bündnisse, einmal zwischen sich, Japan, Korea und Formosa und dann aus Gründen der Rückensicherung ein zweiseitiges Abkommen zwischen sich und Tschiangkaischek. Denn den Formosa-Schutz hat die 7. U.S.-Flotte nur auf Grund eines Präsidentenbefehls übernommen. Die Formosabedrohung wird für zu akut gehalten, als dass es bei dem bisherigen vertragslosen Zustand bleiben könnte.

Effektiv aberschaffen auch diese Verträge keine zusätzlichen militärischen Kräfte über die bisherigen hinaus und machen das verwirrende System der bestehenden Abkommen nur unübersichtlicher. Was Südostasien wirklich stark und immun und abwehrbereit macht, ist eine große, auf lange Sicht gegebene Wirtschaftshilfe, nicht zur Öffnung eigener Exportmärkte, sondern zum Aufbau leistungsfähiger Landwirtschaften und Industrien, die den Lebensstandard heben und die Millionen Südasiens wirklich satt und zufrieden machen. Erst dann lohnt es sich auch, sich zu verteidigen.

+

+

+

Neues Beispiel östlicher Infiltration

W.P. Dass von sowjetzonaler Seite Zeitungen und Zeitschriften finanziert werden, die innerhalb der Bundesrepublik erscheinen und für westdeutsche Leser bestimmt sind, ist an sich nichts Neues. Seit Jahren kennen wir etwa 50 Wochenzeitungen und Zeitschriften, deren Kurs eindeutig ostgesteuert und deren Abonnentenzahl so gering ist, dass keine von ihnen von den eingehenden Bezugsgeldern allein existieren könnte. Die getarnte sowjetische Publizistik auf westdeutschem Boden, deren Gesamtauflage auf 400.000 Exemplare geschätzt wird (das ist um ein Vielfaches höher als die Gesamtauflage der offiziellen kommunistischen Presse im Bundesgebiet), wird nur zum geringsten Teil von Interessenten gekauft. Die meisten Exemplare werden monatelang kostenlos an jeweils geeignet erscheinende Empfänger versandt. Dennoch soll im Gedanken an das Wort von dem steten Tropfen, der den Stein höhlt, die hierin liegende Gefahr der ideologischen Beeinflussung in kommunistischem Sinne nicht übersehen werden.

Seit dem 7. August erscheint nun in München eine neue Wochenzeitung, "Die Nation", in der Verlagsgesellschaft "Die Nation" m.b.H., München, deren handelsgerichtliche Eintragung erst am 5. August beim Registergericht München beantragt worden ist. Aus zwei Gründen verdient die Neuerscheinung Aufmerksamkeit und Interesse. Einmal kommen in ihr neben Otto John, von dem ein angeblicher Brief an den Bundespräsidenten zitiert wird, der niederländische Neofaschist Paul van Tienen und der Herausgeber des "Militärpolitischen Forums", Oberst a.D. von Berchem zu Wort. Das erscheint uns als ein außerordentlich kennzeichnendes Arrangement. Seit den Eskapaden des Herrn von Reichenau in Stuttgart im Jahre 1952 haftete doch gerade dem "Militärpolitischen Forum" das Odium kommunistischer Lenkung an.

Mißglückte Tarnung

Das andere, was uns veranlaßt, "Die Nation" bereits bei Erscheinen der ersten Nummer unter die Lupe zu nehmen, ist die keineswegs zufällige Zusammensetzung der Gesellschafter, der Redaktion sowie des

Verlages. Da erscheinen nämlich die gleichen Leute wieder, die an der kürzlich wegen Gefahr der Enttarnung aufgegebenen "Deutschen Nationalzeitung" beteiligt gewesen waren. Lediglich ein Mann, die Schlüsselfigur der DNZ, steht nicht mehr im Vordergrund, Rudolf Steidl, dessen Name in zahllosen Veröffentlichungen der westdeutschen Presse als Mittelsmann zu den Geldquellen der DNZ genannt wurde. Dafür tritt jetzt sein Freund Ulrich Steuer als 1. Gesellschafter und Geschäftsführer der neuen Verlagsgesellschaft auf. Offenbar sollen diesmal alle Pannen, die bei der "Deutschen Nationalzeitung" auftraten und als deren Ursache sich vornehmlich die Person Steidls und seines suspekten politischen Hintergrundes erwiesen, von vornherein vermieden werden. Ansonsten treten die alten Mitarbeiter der DNZ wieder in Erscheinung, also etwa der ehemalige Leiter der inneren Abwehr der SS und SS-Obersturmbannführer Max Rauh, der Kulturredakteur der ehemaligen Goebbels-Wochenzeitung "Das Reich", Dr. Hans Hagen, der Blutordenträger Max Kemmerich, der SA-Obergruppenführer Walter Nibbe, um nur einige namhafte Größen zu nennen.

Ebensowenig ist irgendeine Änderung der politischen Tendenz bei der "Nation" zu erkennen. Für die Aufgabe, Kreise der ehemaligen NS-Hierarchie in der Bundesrepublik, ehemalige Beamte, NS-Amts-träger und Offiziere, aber auch nationalistische Kreise im allgemeinen zu durchsetzen und mit jeweils genau abestimmten Propagandathesen zu infiltrieren, stehen offensichtlich weiterhin nicht nur erhebliche finanzielle Mittel (der monatliche Zuschussbedarf der DNZ soll in der ersten Zeit DM 40.000,- betragen haben) zur Verfügung, sondern auch Mitarbeiter, deren politische Vergangenheit nach den bisherigen Erfahrungen zu äußerster Wachsamkeit Anlass geben sollte.

Selbst rechtseradikale Kreise sprachen von einem östlichen Hintergrund der Nationalzeitung. Und wenn eine so repräsentativ wirkende Zeitung, wie die "Deutsche Nationalzeitung" es gewesen ist, einfach aufgegeben und durch eine andere ersetzt wurde, weil offenbar nur dadurch einer eindeutigen Antwort auf die Frage nach den Geldgebern ausgewichen werden konnte, dann sagt das, zusammen mit anderen Gründen, auf die in diesem engen Rahmen nicht näher eingegangen werden kann, genug über den wahren Charakter dieser neuen Wochenzeitung.

Wilhelm Tenhagen tot

sp. Durch einen tragischen Unglücksfall kam der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, Wilhelm Tenhagen, während seines Urlaubs ums Leben. Tenhagen gehörte zu den Nachwuchskräften der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Er ist am 14. Oktober 1911 in Duisburg geboren, erlernte den Beruf des Schriftsetzers, gehörte seit 1927 der Gewerkschaft und seit 1931 der Sozialdemokratischen Partei an. Nach 1945 war er zunächst Stadtverordneter in Bottrop und von 1946 bis 49 Oberbürgermeister dieser Stadt. Er gehörte dem ersten und dem zweiten Deutschen Bundestage an.

Wilhelm Tenhagen hat sich besonders auf dem Gebiet der Kommunalpolitik große Verdienste erworben. Auch im Bundestage hat er immer wieder versucht, den kommunalpolitischen Belangen Geltung zu verschaffen und noch vor seinem Urlaub führte er erfolgreiche Verhandlungen, die das Ziel verfolgten, die Gemeinden auch verfassungsgerechtlich als dritte Kraft neben dem Bund und den Ländern zu verankern.

Die Sozialdemokratie betrauert den Tod eines Abgeordneten, der sich tatkräftig für die Belange der Schaffenden eingesetzt hat.

+ +

Die Bedeutungslosen

Nachdem schon Otto John, der Präsident des Verfassungsschutzamtes, nach der Aussage des Bundeskanzlers, keinen Einblick in wichtige Angelegenheiten des Bundes gehabt hat, ist nun der zweite politische Deserteur, Schmidt-Wittmack nach der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, Herr von Brentano, auch nur eine bedeutungslose Figur gewesen. Erst aus dem Bundestags-Handbuch habe er sich sein Bild vergegenwärtigen müssen.

Es dürfte noch erinnerlich sein, wie nach den Bundestagswahlen gerade in dieser Fraktion, die die Hälfte aller Bundestagsabgeordneten stellt, der "Kampf um die Plätze" begann. Nicht alle konnten Minister, Sonderminister, Ausschussvorsitzende ja nicht einmal Ausschussmitglieder werden. So reichte es nicht für Herrn Kather und er ging verärgert zum BHE. Schmidt-Wittmack saß aber gleich in zwei wichtigen Ausschüssen - in Gesamtdeutscher Ausschuss und im Ausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit - und trotzdem war er nach Ansicht seiner Partei ein belangloser Mann: "eine Null", sagte Abgeordneter Kunze, CDU. Welch eine Aussage über eine Fraktion, die ihre Nullen in zwei wichtige Ausschüsse schickt! "es sind nun jene für Leute, die regulär nur in einem Ausschuss sitzen, wie Herr Kunze, und gar die übrigen, die in keinem Ausschuss sitzen?"

+ + +

rd.